

1181 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (1161 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das ÖIAG-Anleihegesetz geändert wird

Gemäß dem ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für Kreditoperationen der ÖIAG die Haftung gemäß § 1357 ABGB und für Bürgschaften, welche die ÖIAG für Kreditoperationen der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, angeführten Gesellschaften und deren Tochtergesellschaften übernimmt, die Haftung gemäß § 1348 ABGB bis zu einem jeweils ausstehenden Gesamtbetrag von 3 Mrd. S an Kapital und 3 Mrd. S an Zinsen und Kosten zu übernehmen.

Damit die ÖIAG ihren Aufgaben gerecht werden kann, soll durch den vorliegenden Gesetzesentwurf der Haftungsrahmen von bisher 3 Mrd. S

an Kapital und Zinsen auf je 5 Mrd. S an Kapital und Zinsen erhöht werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den vorliegenden Gesetzesentwurf in seiner Sitzung am 30. Jänner 1979 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzesentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf (1161 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1979 01 30

Maderthaner
Berichterstatter

Dr. Tull
Obmann